

Linke Fachschaft 03

am FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

Info 19

Studiengebühren, Sozialabbau

Oktober 2003

<http://www.students.uni-marburg.de/~Lifa03>

Lifa03@students.uni-marburg.de

Solidarisch gegen Sozialabbau Studiengebühren verhindern

Egal, ob Du gerade mit dem Studium begonnen hast oder ob Du schon ein paar Semester an dieser oder einer anderen Hochschule verbracht hast: Ab dem nächsten Semester sollst Du, geht es nach dem Willen der hessischen CDU-Landesregierung, Studiengebühren zahlen. Die Details dieser Pläne, deren Einbettung in ein umfassendes Spar-konzept von Bundes- und Landesregierung sowie unsere Einschätzung der Ursachen dieser Entwicklung wollen wir in diesem Flugblatt darlegen. Zur Information ist außerdem eine Selbstdarstellung unserer Gruppe angefügt.

Studiengebühren in Hessen

Der so genannte ›Referenten-Entwurf‹ zum ›Hessischen Gesetz über Studienguthaben (StuGuG)‹ liegt seit mehr als einem Monat vor. Hier ist niedergelegt, wie sich das Ministerium die Ausgestaltung des Studiengebührens-systems vorstellt. Die Höhe der angedachten Gebühren übersteigt das Gebührenniveau der meisten anderen Bundesländer.

Das Gesetz legt ein ›Studienguthaben‹ fest. Dieses besteht aus der Regelstudienzeit plus vier (bei weniger als acht Semestern Regelstudienzeit: plus drei) Semestern. Das erste Semester nach Überschreiten des ›Guthabens‹ kostet 500 EUR, das zweite 700 EUR, alle folgenden Semester 900 EUR. Ein folgenloser Studien-gangwechsel ist nur einmalig innerhalb der ersten zwei Semester möglich. Zweitstudiengänge nach dem ersten Abschluss sollen zwischen 500 und 1500 EUR für jedes Semester kosten, GasthörerInnen müssen nach den Vorstellungen des Ministeriums zwischen 50 und 500 EUR pro Semester zahlen. Für Master-Studiengänge, die auf einem Bachelor-Studiengang aufbauen, wird das Studienguthaben um die Regelstudienzeit des Master plus ein Semester erhöht, nicht ›verbrauchte‹ Guthaben aus dem Bachelor-Studium können übernommen werden. (Nur eine Anmerkung: Damit wird natürlich der

angebliche Vorteil des BA/MA-Systems, nämlich zwischen Hochschulen in Europa wechseln zu können, noch weiter als bisher schon behindert, da in bereits in anderen Bundesländern andere Gebühren- und ›Guthaben‹-Modelle existieren). Für alle StudentInnen sollen außerdem ab Sommersemester 2004 ab dem ersten für jedes Semester 50 EUR Gebühr pro anfallen, zusätzlich zu den bisher schon von den Universitäten erhobenen Verwaltungsgebühren.

Für diejenigen, die im Vertrauen darauf, dass die uni-versitäre Ausbildung in Deutschland gebührenfrei ist, ein Studium begonnen haben und nun wegen ihrer Semesterzahl kein ›Guthaben‹ mehr besitzen, gibt es kaum Ausnahmen: Sie können zwar, wenn sie bis zum Wintersemester 2005/2006 ihr Studium beenden, auf Antrag die Gebühren zurückerhalten, zahlen müssen sie aber erst einmal. Wer nicht über reiche Eltern oder eigenes Vermögen verfügt, wird also in vielen Fällen de facto von der Uni geschmissen, da ein noch ausgedehnteres Lohnarbeiten häufig nicht mit einem schnellen Studium vereinbar ist.

Alle Punkte, die Ausnahmen definieren könnten – z.B. die Einschreibung als TeilzeitstudentIn (so dass eineR nebenher arbeiten könnte), die Tätigkeit in als förderungswürdig anerkannten gesellschaftlichen Bereichen oder die Mitarbeit in Hochschul- oder studentischen Gremien – werden in dem Gesetzesentwurf nicht behandelt. Über sie soll das Ministerium per Rechtsverordnung befinden. Lediglich die (in der Vergangenheit nicht ausgeschlossene) Gebührenerhebung von beurlaubten StudentInnen ist nun nicht mehr vorgese-hen. Besonders die Teilzeitregelung ist ein Witz, denn kaum eine Hochschule hat in der Vergangenheit die

Wichtige Termine:

- 27. Oktober 2003, 18:00 Uhr: Studentische Vollver-sammlung, Hörsaalgebäude
- 1. November: Bundesweite Demonstration gegen So-zialabbau in Berlin
- 18. November: Großdemonstration in Wiesbaden

Einschreibung als TeilzeitstudIn ermöglicht. Etliche StudentInnen, die jobbedingt oder aus anderen Gründen de facto nur teilzeitstudiert haben, waren also nicht gesondert eingeschrieben und müssen folglich ab nächstem Sommer die vollen Langzeitstudiengebühren zahlen.

In mehreren Dokumenten (vgl. Kasten ›Literatur‹ auf Seite 3) legt das Ministerium seine Absichten dar. Nicht genannt wird die Zahl der betroffenen ›LangzeitstudentInnen‹. Es dürfte sich dabei um einen Prozentsatz von deutlich über zwanzig Prozent der StudentInnen handeln (das Ministerium verrät immerhin, dass mehr als 16 Prozent der StudentInnen im 17. oder höherem Semester immatrikuliert sind; die Durchschnittstudiendauer liegt in den meisten Fächern in Deutschland bei etwa 14 Semestern). Die ›Zielsetzungen‹ (vgl. Literatur) sprechen eine deutliche Sprache: Ein Studium soll nur absolvieren dürfen, wer sich zielstrebig und auf einen konkreten Beruf hin ausbilden lässt. Explizit wird in den Zielsetzungen das eigene Interesse als Grund für ein Studium ausgeschlossen. Bei den Mutmaßungen, welche Gründen zu langen Studienzeiten führten, werden altbekannte Gedanken aufgetischt, die noch nie richtig waren, sich aber als Ablenkungs- und Legitimationsinstrument schon häufiger bewährt haben: Vor allem ›ScheinstudentInnen‹, die lediglich kostenlos Bus fahren wollen, und ›Karteileichen‹, die gar nicht ›wirklich‹ studieren, sollen aus der Uni gedrängt werden. Neben der ›möglichen‹ Belastung durch Broterwerb oder Kinderbetreuung seien insbesondere »Leistungsdefizite bzw. mangelndes Studienengagement« für ein ›zu langes‹ Studium verantwortlich. Das Leitbild ist klar: Ein unkritisches Studium, ohne Hinterfragen der Lehrinhalte, ohne Ausweitung der Perspektive nur eines Faches, ohne gesellschaftliches Engagement neben dem Studium. Das ganze wird gepaart mit einem absurden Leistungsideal: Besonders leistungsfähig und damit zur Zugehörigkeit zu einer Elite berechtigt ist, wer die genannten Kriterien eines schnellen, unkritischen Studiums gut erfüllt. Ganz

getreu diesem Bild soll auch ein Teil der eingenommenen Gelder in den hessischen ›Löwen-Fonds‹ wandern, aus dem besonders hoch begabte SchülerInnen und StudentInnen gefördert werden. Weg mit Bildung für viele, hin zu einer noch stärker differenzierten Bildungshierarchie mit Schmalspurausbildung für einige und Eliteausbildung für noch weniger.

Sozialabbau auf Bundes- und Landesebene

Studiengebühren von Erstsemestern bis zu so genannten ›Senioren-StudentInnen‹ sind keine isolierte Entscheidung. Sie reißen sich ein in die aktuelle Politik von rot-grüner Bundesregierung und CDU-Landesregierung. Diese besteht aus kaum etwas anderem als: Sozialabbau und Deregulierung. Ging es in der ersten rot-grün geführten Legislaturperiode am Rande noch um Atomausstieg und ›Homo-Ehe‹, arbeitet nun das gesamte Kabinett an Plänen für Streichungen bei Sozialausgaben, zur Abschaffung von medizinischer Versorgung für Arme, zur Behinderung der Arbeit der Gewerkschaften und zur Verschlechterung der Bedingungen von Erwerbsarbeit. Roland Kochs hessische Sparliste für den Bereich der Förderung sozialer Initiativen wird zur Auflösung zahlreicher Beratungsstellen (z.B. für Erwerbslose oder Versuldete), Frauenhäuser, Flüchtlingsberatungen, Drogenhilfen, Kinderbetreuungen usw. führen. Das Gemeinsame der verschiedenen Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung ist der erklärte Wille zur unsolidarischen und unsozialen Ungleichheit: Die Lebenschancen, die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sollen in der Zukunft innerhalb der Gesellschaft noch weiter auseinanderklaffen als bisher.

Auch in der Bildungspolitik wird weiter gespart: Bisher galt in Hessen der so genannte ›Hochschulpakt‹. Mit diesem hatten sich die hessischen Hochschulen vor einigen Jahren mit dem Verzicht auf einen Teil der benötigten Gelder die ›Finanzautonomie‹ und leistungsabhängige Mittelvergabe erkaufte, in der sie selber über die Verwendung ihrer Mittel entscheiden konnten. Dass sie dabei wissentlich oder unbedarft ihre Unterschrift auch unter ein Papier setzten, das für die Mittelzuweisung fiktive StudentInnenzahlen zu Grunde legt, die deutlich niedriger als die tatsächlichen StudentInnenzahlen sind, mussten mittlerweile einige Fachbereiche, u.a. der FB03 in Marburg, schmerzhaft erfahren. Nun müssen die Universitäten entweder für die Absenkung der StudentInnenzahlen zur Anpassung an die Planziffern sorgen (wie z.B. am Institut für Politikwissenschaft durch die Einführung eines NC beabsichtigt) oder



Demonstration gegen Sozialabbau in Marburg, 10. Oktober 2003

aber mit nicht ausreichenden Mitteln wirtschaften. Die Landesregierung hat jetzt in einem Akt, der kaum anders als erpresserisch zu nennen ist, diesen miserablen Pakt noch weiter zu Lasten der Hochschulen verändert: Die Ankündigung, keine Stelle mehr zu besetzen, von der studentischen Hilfskraft bis hin zur Professorin, führte innerhalb weniger Tage zur Zustimmung der Hochschulen zu weiteren Kürzungen im Umfang von 30 Millionen EUR bei den Hochschulen. Auch bei außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird gespart: In kleinerem Umfang bei prestigeträchtigen und der CDU näher stehenden Einrichtungen, mehr bei Einrichtungen zur Frauen-, Friedens- oder Ökologie-Forschung (vgl. Erklärung von Corts unter Literatur).

Die brutale Durchsetzung von mehr Hierarchie, weniger Solidarität und schlechteren (Über-)Lebenschancen von Armen erfolgt aus mehreren Richtungen: Individuell werden immer stärkere Repressionen gegen Erwerbslose angewandt; wer sich weigert, Zwangsarbeit zu leisten oder für zwei Euro die Straße zu fegen, bekommt die Unterstützung gestrichen. Beratungs- und Hilfsstellen werden durch Bundes- und Länder-Sparpakete behindert oder sogar abgeschafft. All dies geschieht unter dem Vorwand angeblich leerer Kassen – ein infames Propagandainstrument angesichts der Weigerung der Regierungen, Steuern dort zu erheben, wo Vermögen vorhanden ist: Stärker als die Kohl-Regierung verfolgt die rot-grüne Bundesregierung das Ziel der Umverteilung von Unten nach Oben: Unternehmenssteuern werden gesenkt, Steuerflucht nicht bekämpft, Vermögenssteuer entgegen den Wahlversprechen nicht eingeführt. Während die gesellschaftliche Elite reicher wird, wird bei denen, die schon bisher kaum etwas in der Tasche hatten, weiter gespart. Warum sollte auch jemand ohne Vermögen die gleichen Lebenschancen haben wie jemand mit einer Schokokuchenfabrik, einem Waffenhandel oder einem Bundestagsmandat?

Das große Ganze

Die Kürzungen bei sozialen Projekten, die Streichung von Anti-Diskriminierungsinitiativen, die Verdrängung einkommens- und vermögensschwacher Schichten aus der Uni und die allgemeine Heraufsetzung der Hürde für soziale und demokratische Teilhabe geschehen nicht unabhängig voneinander. Sie finden statt in einer Wirtschaftsordnung, die sich eben nicht das materielle Wohl aller auf die Fahnen schreibt – im Gegenteil: Die Gleichheit der Menschen ist den BefürworterInnen des Kapitalismus ein Gräuel. Aus der Ungleichheit, aus der ungleichen Behandlung der Menschen und ihrer ungleichen Ausstattung mit materiellen Gütern und Ressourcen erwächst die Konkurrenz, das bestimmende Motiv der ›freien‹ Marktwirtschaft. Frei sind in dieser Ordnung die Akteure auf dem Markt: Sie handeln ihre Preise frei aus, ohne Einflussnahme durch den Staat. Sie handeln frei die Höhe der Löhne aus – wenn nicht individuell, dann über Zusammenschlüsse wie

Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Freiheit in diesem Sinne heißt nicht: Genug zu essen zu haben, ein Dach über dem Kopf oder etwa das Recht auf Bildung, auf selbstbestimmte Entwicklung oder prinzipiell die gleichen Möglichkeiten zu haben wie jedes andere Gesellschaftsmitglied.

Bei den Protesten gegen den Sozialabbau (wozu auch die Einführung von Studiengebühren gehört) kommt es nun darauf an, den Zusammenhang der verschiedenen Maßnahmen nicht aus dem Blick zu verlieren. Isolierte Kämpfe etwa nur der StudentInnen sind ohne Aussicht auf Erfolg. Nicht vergessen werden sollte auch, dass StudentInnen in ihrer Mehrzahl immer noch zu einem privilegierten Personenkreis gehören: Sie müssen anders als viele Gleichaltrige sich nicht immer durch die Mühlen der Lohnarbeit drehen lassen, sie haben relativ gute Jobaussichten für die Zeit nach ihrem Abschluss, sie kommen in den Genuss zahlreicher sozialer Erleichterungen. Wer jetzt so tut, als seien StudentInnen die von der hessischen Sparpolitik am härtesten getroffene Gruppe, spaltet den Protest gegen Sozialabbau und setzt die Solidarität anderer Gruppen, beispielsweise der Gewerkschaften, aufs Spiel.

Die Linke Fachschaft 03 ruft dazu auf, sich deutlich, unmissverständlich und energisch an den aktuellen und den kommenden Protesten zu beteiligen und das Bündnis v.a. mit den Gewerkschaften und sozialen Initiativen zu suchen. In diesem Sinne wollen wir uns einbringen: am Fachbereich, in der Uni und auf der Straße. Unser Ziel ist dabei nicht die Beibehaltung des status quo, denn diese bedeutet nur ein Aufhalten weiterer Verschlechterungen. Statt dessen streiten wir für eine Gesellschaft, in der Geldbeutel, Hautfarbe oder Geschlecht nicht über die Zugangschancen zu gesellschaftlichen Positionen entscheiden, eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung aller möglich ist. Alle, die uns dabei unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen, einmal bei der Lifa03 vorbeizuschauen.

Solidarisch gegen Sozialabbau – Kapitalismus abschaffen!

Literatur

Der Entwurf zum Gesetz, die Begründung und eine Erklärung zu den Zielsetzungen finden sich auf der Homepage des Ministeriums unter <http://www.hmwk.hessen.de/aktuelles/>, in der aktuellen Fassung gespiegelt auch auf der Homepage der Lifa03.

Eine Erklärung von Bildungsminister Corts zu den Einsparungen im Wissenschafts- und Kulturbereich findet sich unter http://www.hmwk.hessen.de/aktuelles/hmwk_einsparungen.pdf.

Selbstdarstellung der Linken Fachschaft 03

An den Universitäten liegt so einiges im Argen – so auch an der Marburger. Von 23 Professuren am Fachbereich 03 sind nach wie vor lediglich drei mit Frauen besetzt, die Debatte über Einführung von Studiengebühren ist auch nach der jüngsten Senatsentscheidung gegen Gebühren für das Erststudium nicht vom Tisch, und mit dem rassistisch angewandten Instrument der Rasterfahndung werden bestimmte (nämlich die »gerasterten«) StudentInnen pauschal kriminalisiert. Und das sind nur einige wenige Beispiele. Widerstand gegen, Diskussion über oder auch nur bewusste Beschäftigung mit diesen Themen findet kaum statt. Wenn hier so augenscheinlich tiefgreifend und diskriminierend in die Entscheidungsmöglichkeiten und die Lebenschancen von Menschen eingegriffen wird, sollte das keine und keinen gleichgültig lassen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig zu erkennen, dass die in Universitäten dominanten Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen nur Teil und Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse sind.

Die Linke Fachschaft 03 (Lifa03) wurde im Bewusstsein dieser Zusammenhänge gegründet, um deren Auswirkungen und Ursachen inner- und außerhalb der Universität zu bekämpfen. Insofern beschränken wir uns nicht auf den universitären Rahmen; dieser ist lediglich Teil unserer Arbeit.

Wir verstehen uns nicht als eine Art ständische Vertretung aller Studierenden am Fachbereich 03 und glauben auch nicht, dass es so etwas wie ein homogenes studentisches Interesse gibt. Vielmehr wollen wir zum einen an der Uni (wieder) Räume für linke Inhalte schaffen helfen, und zum anderen gegen rassistische, sexistische und soziale Diskriminierung vorgehen.

Entsprechend unserem Selbstverständnis treten wir einer gezielten Elitenförderung an der Uni entgegen. Dabei verlieren wir nicht aus den Augen, dass Studierende schon alleine dadurch, dass sie Zugang zu Hochschulbildung haben, in dieser Gesellschaft einer Elite angehören. Dies ist nicht nur dem hohen gesellschaftlichen Prestige eines Hochschulabschlusses geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass - entgegen allen Beteuerungen von Seiten der diversen Regierungen - Bildung nicht für Jede und Jeden zugänglich ist. So werden schon bei der Zulassung zum Studium rassistische Kriterien angewandt und durch die stetig steigenden Lebenshaltungskosten und die mögliche Einführung von Studiengebühren soziale Hürden errichtet. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass in den letzten Jahren immer weniger ArbeiterInnenkinder studieren. Der Zugang von Frauen zu höheren universitären Abschlüssen und Professuren an der Uni wird systematisch erschwert. Die propagierte Chancengleichheit erweist sich an dieser Stelle ein weiteres Mal als Mythos!

Dem Zusammenhang von Hochschule und »restlicher Welt« entsprechend wird die Uni mehr und mehr in die Pflicht genommen. Die derzeit hegemoniale Ideologie

und Praxis der Standortsicherung lässt auch die Hochschulen nicht unberührt. Die Diskussionen um Studiengebühren, um Mentorierung, um die Einführung eines Bachelor-Master Studiengangs am FB 03 etc. sind nichts anderes als Ausdruck eines Bildungssystems, welches sich mehr und mehr kapitalistischen Verwertbarkeitskriterien unterordnet. In diesem Sinne werden Effizienz, Anpassungsfähigkeit und Einhaltung der Regelstudienzeit zu neuen Bildungsidealen stilisiert. Dies fordert und fördert ein unreflektiertes Studium, in dem z.B. Langzeitstudis zu »Sozialschmarotzern« werden und Studiengebühren zum probaten Mittel gegen genau diese vorzugehen. Die Fokussierung auf die Bereitstellung »qualifizierter« Arbeitskräfte für die Volkswirtschaft lehnen wir u.a. deshalb ab, weil sie Menschen zu »Humankapital« degradiert, dessen einzige Daseinsberechtigung in seiner, also der Menschen Ausbeutbarkeit besteht.

Die Umgestaltung der Hochschulen und des Studiums in dieser Weise begünstigt ein affirmatives Studium, verhindert also ein kritisches und selbstbestimmtes Studieren und eine Auseinandersetzung mit den allgemein- und hochschulpolitischen Verhältnissen. Dieser Entwicklung arbeiten wir mittels Flugblättern und Veranstaltungen, durch Engagement in den Hochschulgremien und Mitarbeit in politischen Bündnissen auch außerhalb der Universität entgegen. Wir versuchen, universitäre Entscheidungen transparent und studentische Opposition sichtbar zu machen. Und ganz nebenbei finden wir Korporierte auch noch Scheiße.

Aktuelle Informationen der Linken Fachschaft finden sich im Internet unter <http://www.students.uni-marburg.de/~Lifa03> sowie auf unserem Infobrett im Eingangsbereich der PhilFak. Kontakt per E-Mail oder auf unseren öffentlichen Treffen jeden 1. Montag im Monat, PhilFak, AG-Räume.